

## **NIEDERSCHRIFT**

über die **18.** Sitzung  
**des Kreisausschusses**  
(XV. Wahlperiode)

### **öffentlicher Teil**

Tag der Sitzung: **19.10.2011**  
Ort der Sitzung: Kreishaus Neuss  
Besprechungsraum 2 (2. Etage)  
Oberstraße 91, 41460 Neuss  
(Tel. 02131/928-2100)  
Beginn der Sitzung: 15:00 Uhr  
Ende der Sitzung: 17:10 Uhr  
Den Vorsitz führte: Landrat Hans-Jürgen Petrauschke

### **Sitzungsteilnehmer:**

#### **• Vorsitzender**

1. Herr Landrat Hans-Jürgen Petrauschke

#### **• CDU-Fraktion**

2. Herr Gerhard Heyner
  3. Frau Irmintrud Berger
  4. Herr Karl-Heinz Ehms
  5. Herr Dr. Hans-Ulrich Klose
  6. Herr Franz-Josef Radmacher
  7. Herr Dieter Welsink
  8. Herr Dr. Christian Will
- Vertretung für Herrn Dr. Gert Ammermann

#### **• SPD-Fraktion**

9. Herr Horst Fischer
  10. Herr Stephan Ingenhoven
  11. Herr Dieter Jüngerkes
  12. Herr Rainer Thiel
- bis 17.05 Uhr

- **FDP-Fraktion**

- 13. Herr Walter Boestfleisch
- 14. Herr Dr. Bijan Djir-Sarai MdB entschuldigt

- **Fraktion Bündnis 90/Die Grünen**

- 15. Herr Erhard Demmer
- 16. Frau Susanne Stephan-Gellrich

- **Fraktion UWG Rhein-Kreis Neuss/Aktive Bürgergemeinschaft - Die Aktive**

- 17. Herr Carsten Thiel

- **Verwaltung**

- 18. Herr Dezernent Ingolf Graul
- 19. Herr Günter Hassels
- 20. Herr Dezernent Karsten Mankowsky
- 21. Herr Johannes Nordmann
- 22. Herr Allgemeiner Vertreter Jürgen Steinmetz
- 23. Herr Harald Vieten
- 24. Frau Ulrike Holz
- 25. Herr Dezernent Tillmann Lonnes
- 26. Herr Dr. Nicolas March

- **Schriftführerin**

- 27. Frau Annika Böhm

---

## INHALTSVERZEICHNIS

Punkt	Inhalt	Seite
1.	Feststellung der ordnungsgemäß erfolgten Einladung und der Beschlussfähigkeit.....	4
2.	Bestätigung von Beschlüssen der Ausschüsse.....	4
2.1.	Sozial- und Gesundheitsausschuss vom 08.09.2011.....	4
2.2.	Finanzausschuss vom 19.09.2011.....	5
3.	Bericht zur Braunkohlenplanung Berichtszeitraum August - September 2011 Vorlage: 61/1387/XV/2011.....	7
4.	Bericht zur Regionalarbeit Berichtszeitraum August - September 2011 Vorlage: 61/1388/XV/2011.....	7
5.	Bericht Wirtschafts- und Beschäftigungsförderung / Europa September 2011 Vorlage: ZS5/1389/XV/2011.....	8
6.	SGB II - Entwicklung der Kosten der Unterkunft und der Bedarfsgemeinschaften Vorlage: 50/1375/XV/2011.....	8
7.	Anträge.....	9
7.1.	Antrag der CDU- und FDP- Kreistagsfraktionen zum Thema "Elektromobilität" vom 06.10.2011 Vorlage: 010/1397/XV/2011.....	9
8.	Mitteilungen.....	9
8.1.	Konjunkturpaket II.....	9
8.2.	Priorisierungsliste für Straßenbaumaßnahmen.....	9
8.3.	GPA.....	10
8.4.	Zensus.....	10
9.	Anfragen.....	10
9.1.	Termine.....	10
9.2.	Arbeitsagentur.....	11

## 1. Feststellung der ordnungsgemäß erfolgten Einladung und der Beschlussfähigkeit

### Protokoll:

Landrat Hans-Jürgen Petrauschke eröffnete die Sitzung, begrüßte die Anwesenden und stellte fest, dass zur Sitzung ordnungsgemäß eingeladen und der Kreisausschuss beschlussfähig ist. Hiergegen erhob sich kein Widerspruch.

Den Abgeordneten lagen folgende Tischvorlagen vor:

	Niederschrift Finanzausschuss vom 19.09.2011
Zu Top 5 Wirtschafts- und Beschäftigungsförderung/ Europa Stand September 2011	<i>Je 1 Ex. Für die Fraktionsvorsitzenden:</i> Marktbericht 2011/2012 – Gewerbeimmobilien am Standort Niederrhein

In der Sitzung vereidigte Landrat Hans-Jürgen Petrauschke das neue Ausschussmitglied Carsten Thiel durch Vorlesen folgender Eidesformel, die von diesem nachgesprochen wurde:

„Ich schwöre, dass ich das mir übertragene Amt nach bestem Wissen und Können verwalten, Verfassung und Gesetze befolgen und verteidigen, meine Pflichten gewissenhaft erfüllen und Gerechtigkeit gegen jedermann üben werde. So wahr mir Gott helfe.“

Anschließend händigte er die Ernennungsurkunde aus.

## 2. Bestätigung von Beschlüssen der Ausschüsse

### 2.1. Sozial- und Gesundheitsausschuss vom 08.09.2011

#### Protokoll:

Dezernent Karsten Mankowsky erläuterte die neue Rechtslage bei der Trinkwasserverordnung. Die damit verbundenen Pflichten würden zunächst nur die Wohneigentümer als Betreiberpflichten treffen. Das Gesundheitsamt habe nur eine Überwachungspflicht.

Landrat Hans-Jürgen Petrauschke betonte, dass derzeit keine zusätzlichen Mitarbeiter dafür eingeplant seien.

Allgemeiner Vertreter Jürgen Steinmetz stellte kurz den aktuellen Sachstand beim Thema „Schulsozialarbeit“ dar. Es handele sich um eine sinnvolle Aufgabe; die in vollem Umfang aus dem Bildungs- und Teilhabepaket finanziert werde. Aufgrund der Befristung bis 2013 bleibe jedoch die Frage, wie die Aufgabe anschließend weiter gehe und finanziert werde. Derzeit gehe er davon aus, dass kreisweit 26 Schulsozialarbeiter eingesetzt werden. Man werde so früh wie möglich, voraussichtlich zum 01.01.2012, in enger Abstimmung mit den Städten und Gemeinden starten.

Dezernent Tillmann Lonnes ergänzte, dass mittlerweile auch die drei Forderungen aus der Schuldezernentenkonferenz erfüllt worden seien.

Zu den Nachfragen der Kreistagsabgeordneten nahm Allgemeiner Vertreter Jürgen Steinmetz wie folgt Stellung:

- Das Konzept werde in der kommenden Sitzung des Sozial- und Gesundheitsausschusses und des Schulausschusses vorgestellt.
- Bei den Schulsozialarbeitern handle es sich um befristetes Arbeitsverhältnisse, die über das Technologiezentrum Glehn abgeschlossen würden.
- Man bilde Rückstellungen, um die Finanzierung zu verlängern.
- Eine Delegation an die Städte und Gemeinden sei nicht möglich, allerdings würde der Einsatz durch die Städte und Gemeinden, in enger Abstimmung mit dem Rhein-Kreis Neuss, erfolgen.
- Begünstigte seien Leistungsberechtigte nach SGB II. Den Rest würde die Praxis zeigen.

Landrat Hans-Jürgen Petrausche fasste zusammen, dass man sich einig sei, dass vorhandene Defizite ausgeglichen werden sollen. Mit der Zeit werde man erkennen können, in welche Richtung sich das Ganze entwickle.

Kreistagsabgeordneter Rainer Thiel äußerte die Befürchtung, dass die neu geschaffenen Stellen in anderen Bereichen Lücken aufreißen (Wanderbewegungen).

Die Politik im Kreis sei zu wenig beteiligt worden, so Kreistagsabgeordneter Erhard Demmer. Der Rhein Kreis Neuss müsse im Hinblick auf die Kreisschulen selbstbewusster gegenüber den Städten und Gemeinden auftreten.

Kreistagsabgeordneter Walter Boestfleisch wies darauf hin, dass es wichtig sei, rechtzeitig Kriterien zu entwickeln, um eine Erfolgskontrolle durchführen zu können.

Landrat Hans-Jürgen Petrausche erklärte, dass sich die Anzahl der Schulsozialarbeiter je Stadt/Gemeinde nach der Anzahl der Bedarfsgemeinschaften berechne. Hinsichtlich der Verteilung können die Städte und Gemeinden Vorschläge machen, die dann vom Kreis überprüft werden. Es sei selbstverständlich, dass Kreisschulen berücksichtigt werden.

In Beantwortung der Frage von 1. stv. Landrat Dr. Hans-Ulrich Klose nach den Aufgaben der Schulsozialarbeiter erklärte Allgemeiner Vertreter Jürgen Steinmetz, dass der Erlass nichts Konkretes vorsehe. Das Konzept des Kreises gebe jedoch entsprechende Hinweise.

### **KA/20111019/Ö2.1**

#### **Beschluss:**

Der Kreisausschuss bestätigte einstimmig die Beschlüsse des Sozial- und Gesundheitsausschusses vom 08.09.2011 und erhob sie zu seinen Beschlüssen.

## **2.2. Finanzausschuss vom 19.09.2011**

#### **Protokoll:**

Kreiskämmerer Ingolf Graul berichtete über den Haushaltsentwurf des Landschaftsverbandes. Demnach betrage der Hebesatz der Landschaftsverbandsumlage für das Haushaltsjahr 2012 17%. Bei gleichzeitigem Anstieg der maßgeblichen Umlagegrundlagen bedeute dies eine Steigerung der Landschaftsumlage in Höhe von 12,751 Mio. €.

Ferner machte er darauf aufmerksam, dass der Innenminister darauf hingewiesen habe, dass „ein weiterer, kreditfinanzierter Abbau des Eigenkapitals (gemeint ist damit eine weitere Entnahme aus der Ausgleichsrücklage) nicht mehr hinnehmbar ist. Auch in schwierigen haushaltswirtschaftlichen Jahren ist das Rücksichtnahmegebot nicht einseitig dahingehend auszulegen, dass Belastungen bei den Umlageverbänden kreditfinanziert werden, um die Haushalte der Umlagezahler vorübergehend zu entlasten.“ Auch wies er darauf hin, dass der beschlossene (sogenannte) Entlastungsanteil von 1,407 Mio. Euro zu keiner haushaltswirksamen Verbesserung führe, da der Rhein-Kreis Neuss von Anfang an (offenbar anders als der Landschaftsverband) bei der Ermittlung der Landschaftsverbandsumlage von den Umlagegrundlagen gemäß Gemeindefinanzierungsgesetz ausgegangen sei. Die erste Modellrechnung zum GFG 2012 werde noch in dieser Woche erwartet.

Abschließend teilte er mit, dass der Rhein-Kreis Neuss eine Rückerstattung von 894.058,43 Euro aufgrund der rechtswidrigen Festsetzung der Landschaftsumlage aus 2007 erhalte.

Kreistagsabgeordneter Dieter Welsink kündigte an, dass die CDU- und FDP- Kreistagsfraktionen im Kreistag einen Antrag stellen würden, die Rückerstattung in voller Höhe an die Städte und Gemeinden auszuschütten.

Auf Nachfrage von Kreistagsabgeordnetem Erhard Demmer bestätigte Landrat Hans-Jürgen Petrauschke, dass es keine gesetzliche Verpflichtung zur Ausschüttung an die Städte und Gemeinden gebe.

Kreistagsabgeordneter Rainer Thiel begrüßte den Antrag.

Landrat Hans-Jürgen Petrauschke sicherte auf Bitte von Kreistagsabgeordnetem Dieter Jüngerkes zu, den Erlass des Innenministers zur Haushaltssatzung des Landschaftsverbandes dem Protokoll beizufügen (s. **Anlage**).

Ferner erläuterte Landrat Hans-Jürgen Petrauschke den Stärkungspakt und die daraus resultierenden Konsequenzen. Bei Zugrundelegung des GFG 2011 müssten sich bis auf Rommerskirchen und Dormagen alle Städte und Gemeinden des Kreises an der Finanzierung beteiligen.

Der Konsolidierungsbeitrag des Landes sei nicht erkennbar (Hinweis auf beitragsfreies 3. Kindergartenjahr und die Abschaffung der Studiengebühren).

Kreistagsabgeordneter Rainer Thiel lobte, dass das Land wenigstens etwas tue. Es müsse aber insgesamt mehr getan werden. Einige Städte in NRW würden inzwischen keine kommunalen Kredite mehr bekommen.

Der Innenminister habe mitgeteilt, dass es lediglich Städte gebe, die nicht von allen Banken Kredite bekommen, korrigierte Landrat Hans-Jürgen Petrauschke.

Kreistagsabgeordneter Dieter Welsink kritisierte, dass durch den Stärkungspakt Kommunen, die vernünftig gewirtschaftet haben, bestraft würden. Dies würde die eigene wirtschaftliche Lage weiter verschlechtern. Das Konnexitätsprinzip werde beim SGB XII nicht konsequent umgesetzt. Auch könne man nicht durch die Finanzierung von Kassenkrediten, die Strukturen verändern.

Kreistagsabgeordneter Erhard Demmer erinnerte an die Solidarität innerhalb der kommunalen Gemeinschaft. Die hohen Verschuldungen seien oftmals auch sozial- und/oder wirtschaftsstrukturell bedingt.

**KA/20111019/Ö2.2****Beschluss:**

Der Kreisausschuss bestätigte einstimmig die Beschlüsse des Finanzausschusses vom 19.09.2011 und erhob sie zu seinen Beschlüssen.

**3. Bericht zur Braunkohlenplanung  
Berichtszeitraum August - September 2011  
Vorlage: 61/1387/XV/2011**

**Protokoll:**

Kreistagsabgeordneter Dr. Christian Will war positiv überrascht über den geplanten neuen Kraftwerksblock am Kraftwerksstandort Niederaußem. Er hoffe auf eine zügige Umsetzung.

Kreistagsabgeordneter Erhard Demmer merkte kritisch an, dass RWE noch immer in der, seiner Meinung nach veralteten, Braunkohlelogik verbleibe.

**KA/20111019/Ö3****Beschluss:**

Der Kreisausschuss nahm den Bericht zur Braunkohlenplanung Stand August – September 2011 zur Kenntnis.

**4. Bericht zur Regionalarbeit  
Berichtszeitraum August - September 2011  
Vorlage: 61/1388/XV/2011**

**Protokoll:**

Auf Nachfrage von Kreistagsabgeordnetem Erhard Demmer erklärte Landrat Hans-Jürgen Petruschke, dass das beim RegioGipfel besprochene Nahverkehrsticket durchaus realistisch sei. Um eine Umsetzung müssten sich allerdings VRR und VRS kümmern.

Kreistagsabgeordneter Rainer Thiel bat darum, die Konsenspapiere zu Kultur und Verkehr dem Protokoll beizufügen (s. **Anlage**).

**KA/20111019/Ö4****Beschluss:**

Der Kreisausschuss nahm den Regionalbericht Stand August – September 2011 zur Kenntnis.

## **5. Bericht Wirtschafts- und Beschäftigungsförderung / Europa September 2011**

**Vorlage: ZS5/1389/XV/2011**

### **Protokoll:**

Landrat Hans-Jürgen Petrauschke teilte mit, dass man guter Hoffnung sei, im laufenden Monat eine fünf vor dem Komma zu erreichen.

Auf Nachfrage von Kreistagsabgeordneten Rainer Thiel erklärte Landrat Hans-Jürgen Petrauschke, dass man das Thema „Menschenrechte“ bei Treffen mit Vertretern der Volksrepublik China im Rahmen der Möglichkeiten anspreche.

1. stv. Landrat Dr. Hans-Ulrich Klose merkte an, dass nicht jedes Zusammentreffen dazu genutzt werden könne, Kritik anzubringen. Wenn sich jedoch die Gelegenheit dazu biete, soll man sie ergreifen.

Kreistagsabgeordneter Erhard Demmer bat um die absoluten Zahlen beim Wachstum der sozialversicherungspflichtigen Beschäftigten in der Logistikbranche am Niederrhein und im Rhein-Kreis Neuss (s. **Anlage**).

## **6. SGB II - Entwicklung der Kosten der Unterkunft und der Bedarfsgemeinschaften**

**Vorlage: 50/1375/XV/2011**

### **Protokoll:**

Allgemeiner Vertreter Jürgen Steinmetz teilte mit, dass sich die Zahl der Kosten der Unterkunft für den Monat Oktober auf 5.829.896 € und damit auf Vorjahresniveau belaufe. Bei entsprechender Fortschreibung werde man den Haushaltsansatz um rund 3 Mio. € unterschreiten. Er wies aber auch wiederholt darauf hin, dass man in gleichem Umfang Mehraufwendungen bei der Hilfe zur Pflege zu verzeichnen habe.

Auf Bitte von Kreistagsabgeordnetem Rainer Thiel, nach einem Erfahrungsbericht im Sozial- und Gesundheitsausschuss zum Mietspiegel, erklärte 1. stv. Landrat Dr. Hans-Ulrich Klose, dass dies Gegenstand der damaligen Entscheidung sei.

Auf Frage von Kreistagsabgeordneten Carsten Thiel, ob die Stadt Düsseldorf den Mietspiegel auf Basis der Angebotsmieten ermittle, erklärte Landrat Hans-Jürgen Petrauschke, dass man entsprechend nachfragen müsse.

Es sei wichtig zu wissen, wie sich die Bedarfsgemeinschaften zusammensetzen (Langzeitarbeitslose, Alleinerziehende etc.), um Mittel gezielt einsetzen zu können, so Kreistagsabgeordneter Dr. Christian Will.



## **7. Anträge**

### **7.1. Antrag der CDU- und FDP- Kreistagsfraktionen zum Thema "Elektromobilität" vom 06.10.2011**

**Vorlage: 010/1397/XV/2011**

#### **Protokoll:**

Kreistagsabgeordneter Dieter Welsink erläuterte den Antrag seiner Fraktion. Das Thema solle von der Verwaltung aufgearbeitet werden und anschließend könne entschieden werden, ob Projekte folgen.

Kreistagsabgeordnete Susanne Staphan-Gellrich bat um Konkretisierung.

Landrat Hans-Jürgen Petrauschke ergänzte, dass es darum gehe, die ganze Region unter dem Thema „Elektromobilität“ zu vernetzen. Es sollen Möglichkeiten geschaffen werden, unter Wegfall der Nutzung von benzingesteuerten Fahrzeugen, die Region zu erkunden.

#### **KA/20111019/Ö7.1**

#### **Beschluss:**

1. Der Kreisausschuss bat die Verwaltung einstimmig um Mitteilung, ob, und wenn ja, in welchem Umfang, das Thema „Elektromobilität“ auf Kreisebene sowie in den Städten und Gemeinden des Rhein-Kreises Neuss bereits aufgegriffen wurde.
2. Der Kreisausschuss beauftragte die Verwaltung einstimmig, in Kooperation mit unseren Nachbarn wie den Städten Düsseldorf, Mönchengladbach und Krefeld sowie den Kreisen Mettmann und Viersen sich für das Förderprojekt „Elektromobilität“ zu bewerben.

## **8. Mitteilungen**

### **8.1. Konjunkturpaket II**

#### **Protokoll:**

Dezernent Dr. Nicolas March teilte mit, dass 97 % der Mittel verausgabt worden seien. 25% der Aufträge seien an Firmen aus dem Rhein Kreis Neuss und 50 % an Firmen aus dem Regierungsbezirk Düsseldorf gegangen.

Auf Nachfrage von Kreistagsabgeordneten Carsten Thiel erklärte Landrat Hans-Jürgen Petrauschke, dass der nachträgliche Antrag für die zusätzlichen Mittel bei der Ringerhalle erfolglos geblieben sei.

### **8.2. Priorisierungsliste für Straßenbaumaßnahmen**

#### **Protokoll:**

Landrat Hans-Jürgen Petrauschke teilte mit, dass man den Brief an das Landesverkehrsministerium zur Priorisierungsliste für Straßenbaumaßnahmen dem Protokoll beifügen werde (s. **Anlage**).

Auf Nachfrage von Kreistagsabgeordnetem Horst Fischer erklärte er, dass nach seinem Kenntnisstand keine Veränderung bezüglich des Anschlusses Delrath (A57) geplant sei.

### **8.3. GPA**

#### **Protokoll:**

Landrat Hans-Jürgen Petrauschke erklärte, dass das Ergebnis der Prüfung durch die Gemeindeprüfungsanstalt im Rechnungsprüfungsausschuss am 23.11.2011 vorgestellt werde. An dieser Sitzung könnten alle interessierten Kreistagsabgeordneten teilnehmen.

Die Schwerpunkte der Prüfung werde man dem Protokoll beifügen.

**Anmerkung der Verwaltung:** Finanzen, Innere Verwaltung, Jugend, Soziales, Öffentlicher Gesundheitsdienst, Gebäudewirtschaft, Vermessung und Kataster.

### **8.4. Zensus**

#### **Protokoll:**

Was die Kommunikation angehe, habe es bei IT NRW zahlreiche Pannen gegeben, so Allgemeiner Vertreter Jürgen Steinmetz. Er wies außerdem darauf hin, dass die Kostenerstattung nicht ausreiche um die tatsächlichen Kosten zu decken. Einen detaillierteren Bericht werde man in einer der nächsten Sitzungen vorlegen.

Kreistagsabgeordneter Carsten Thiel bat um Angabe, wie viele Hauseigentümer die Formulare zurückgeschickt haben.

Landrat Hans-Jürgen Petrauschke sagte eine Nachfrage zu.

**Anmerkung der Verwaltung:** Laut IT NRW besteht ein Rücklauf von ca. 90%. Frühestens im Januar 2012 sind genauere Daten verfügbar.

## **9. Anfragen**

### **9.1. Termine**

#### **Protokoll:**

Unter Bezugnahme auf die Veranstaltung 25 Jahre TZG bat Kreistagsabgeordnete Susanne Stephan-Gellrich darum, dass die Fraktionen unmittelbar nach Terminabstimmungen über den geplanten Termin informiert werden.

Allgemeiner Vertreter Jürgen Steinmetz erklärte, dass die Terminabstimmung erst 10 Tage vor dem Termin erfolgt sei. Eine frühere Einladung sei daher in diesem speziellen Fall nicht möglich gewesen.

---

## **9.2. Arbeitsagentur**

### **Protokoll:**

Aufgrund verschiedener Berichte, erkundigte sich Kreistagsabgeordneter Erhard Demmer, ob die Arbeitsagenturen keine Berufsberatung mehr machen würden.

Um dem besser nachgehen zu können, bat Landrat Hans-Jürgen Petrauschke um Mitteilung der Namen, sofern die entsprechenden Personen einverstanden wären.

1. stv. Landrat Dr. Hans-Ulrich Klose erkundigte sich kritisch, ob es richtig sei, dass Anrufer auch beim wiederholten Anrufen nicht den Sachbearbeiter sondern nur das Callcenter erreichen.

Landrat Hans-Jürgen Petrauschke erklärte, dass angeblich sehr viel über den Callcenter abgewickelt werden könne.

Da keine weiteren Wortmeldungen vorlagen, schloss Landrat Hans-Jürgen Petrauschke um 17:00 Uhr den öffentlichen Teil der Sitzung.

**Hans-Jürgen Petrauschke**  
Landrat

**Annika Böhm**  
Schriftführung